



9. Oktober 2014

Erklärung des EGÖD-Feuerwehrnetzwerks zu TTIP

In Unterstützung der EGÖD-EntschlieÙung „Für eine umfassendere Berücksichtigung verbindlicher Sozial- und Umweltnormen in europäischen bilateralen und multilateralen europäischen Handelsabkommen“

Das EGÖD-Feuerwehrnetzwerk verfolgt mit Sorge die laufenden Verhandlungen zwischen der EU und den USA über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) und die Unterzeichnung des Wirtschafts- und Handelsabkommens (CETA) zwischen der EU und Kanada. Beide Abkommen zielen auf die verstärkte Liberalisierung von Handelsgeschäften auch im Dienstleistungsbereich ab. Die Abkommen bedeuten eine Abkehr von einer Politik, die ArbeitnehmerInnen, BürgerInnen und die Umwelt schützt und statt dessen Investoren das Recht gibt, gegen für sie unliebsame staatliche Entscheidungen vorzugehen.

Die Gewerkschaft der Feuerwehrleute ist davon überzeugt, dass der vorrangige Zweck von TTIP und CETA die Erweiterung der Rechte der investierenden Unternehmen ist. Die laufenden Verhandlungen zeichnen sich ebenfalls durch fehlende Transparenz und fehlende demokratische Kontrolle aus.

Wir sind nach wie vor nicht davon überzeugt, dass die offizielle Behauptung, diese Abkommen würden zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, der Realität entspricht. Wir sind vielmehr der Meinung, dass die Gefahren für die öffentlichen Dienste, die Arbeitnehmerrechte und die Umweltstandards jeden potenziellen Handelsvorteil überwiegen.

Das EGÖD-Feuerwehrnetzwerk unterstützt deshalb die EGÖD-EntschlieÙung, die die Berücksichtigung verbindlicher Sozial- und Umweltnormen in europäischen bilateralen und multilateralen europäischen Handelsabkommen fordert, und wird diese Forderung mit entsprechenden Aktionen unterstützen.

Für eine umfassendere Berücksichtigung verbindlicher Sozial- und Umweltnormen in europäischen bilateralen und multilateralen Handelsabkommen (ENTSCHLIEÙUNG 15 angenommen auf dem EGÖD-Kongress 2014)

1. In dem Bewusstsein, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten nach dem wiederholten Scheitern multilateraler Handelsverhandlungen im Rahmen der Doha-Runde seit mehreren Jahren ihre Außenhandelspolitik auf den Abschluss bilateraler Freihandelsabkommen (Wirtschaftspartnerschaftsabkommen) und bilateraler Investitionsabkommen mit Drittregionen oder Drittländern ausrichten;
2. In der beunruhigenden Erkenntnis, dass die Durchführung zahlreicher dieser Abkommen in

den meisten Fällen zu einer Verschlechterung der Qualität, der Sicherheit, der Zugänglichkeit, der Gleichbehandlung, der Förderung des universellen Zugangs und der Rechte der NutzerInnen (im Protokoll 26 über Dienstleistungen von allgemeinem Interesse im Vertrag von Lissabon festgelegte gemeinsame Werte) im Hinblick auf öffentliche Dienste als Folge ihrer Liberalisierung und Privatisierung geführt hat;

3. In dem Bewusstsein, dass die Freihandelsabkommen ebenfalls in vielen Fällen zu einer Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der betroffenen Bevölkerungen geführt haben aufgrund von Arbeitsplatzverlusten infolge von Privatisierungen sowie ebenfalls zu einem höheren Wettbewerbsdruck, zu stark schwankenden Lebensmittelpreisen, zu einer stärkeren ausländischen Kontrolle von Dienstleistungen und natürlichen Ressourcen und zur Missachtung von Arbeitnehmerrechten und Kollektivvereinbarungen;
4. In Erwägung der zahlreichen Erfahrungsberichte sozialer Bewegungen und Gewerkschaften in den Ländern, die unter diese Handelsabkommen fallen; und wobei diese Berichte die Missachtung der Umwelt und der Bevölkerungen sowie die Missachtung von Menschenrechten und wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten sowie anwendbaren Gewerkschaftsrechten in den Ländern/und oder Sektoren der Länder bestätigen, in denen diese Abkommen gelten;
5. In Erwägung dessen, dass neben den bilateralen Verhandlungen zwischen der EU und Drittländern über Präferenzabkommen weiterhin folgende Verhandlungen stattfinden:
 - Erstens: Wiederaufnahme 2013 der offiziellen multilateralen Handelsverhandlungen im Rahmen der WTO;
 - Zweitens: Aufnahme einer neuen Runde plurilateraler Verhandlungen über den Handel mit Dienstleistungen (DA) mit der Behauptung, den Prozess der Liberalisierung fortzusetzen und zu vertiefen, der im Rahmen der WTO- und GATS-Verhandlungen (GATS = allgemeines Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen) begonnen wurde mit dem Ziel einer stärkeren Liberalisierung des Handels und der Investitionen im Bereich der Dienstleistungen in allen Sektoren und für alle Leistungsarten; dies wird sich dauerhaft auf bis zu 90% der öffentlichen Dienste auswirken.
 - Drittens: Abschluss des Abkommens zwischen der EU und den Vereinigten Staaten über einen umfassenden transatlantischen Markt einerseits und des Abkommens zwischen der EU und Kanada über ein umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen (Comprehensive Economic Trade Agreement CETA) andererseits, wobei beide Abkommen ebenfalls auf die verstärkte Liberalisierung des Handels einschließlich des Handels mit Dienstleistungen abzielen und eine Politik zum Schutz der ArbeitnehmerInnen, der BürgerInnen und der Umwelt abschaffen und Investoren das Recht einräumen, in innenpolitische Entscheidungen eines Landes einzugreifen.
6. In Erwägung des Souveränitätsverlustes der Staaten, die Teil dieser Abkommen sind, zugunsten supranationaler Handelsvorschriften und der Durchsetzung von Sanktionen, falls diese Vorschriften nicht befolgt werden;
7. In Erwägung des daraus folgenden Risikos der Nichtanwendung geltender europarechtlicher Bestimmungen im Rahmen dieser multilateralen Abkommen und hier besonders der Grundrechtecharta, Artikel 14, und des Protokolls 26 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU;

8. In Erwägung der bereits jetzt verheerenden Folgen der zwischen der EU und Drittländern abgeschlossenen Abkommen auf die nationalen Arbeitsschutz- und Verbraucherschutzgesetze in diesen Ländern;
9. In Erwägung der fehlenden Transparenz der Verhandlungen über diese Abkommen, die in der Regel erst zum Zeitpunkt der Ratifizierung und nach Unterzeichnung durch die Vertragsparteien publik gemacht werden;
10. In Erwägung ebenfalls der Tatsache, dass Folgeabschätzungen über soziale und ökologische Auswirkungen dieser Abkommen einen extremen Stellenwert haben und dass diese (falls sie durchgeführt werden) aufgrund ihrer zu späten Durchführung eine wirksame Berücksichtigung ihrer Ergebnisse nicht mehr erlauben;
11. In Erwägung der Gefahr, die die Ratifizierung dieser Abkommen für die Bevölkerung darstellt, da zwingende, bei Regelverstößen gegen internationale Abkommen über Menschen- und Arbeitnehmerrechte sanktionierte Bestimmungen für diese Abkommen nicht gelten;
12. In Erwägung des Protokolls 26 des Vertrags von Lissabon, das an die gemeinsame Verantwortung der EU und der Mitgliedstaaten für den Schutz und die Verbesserung ihrer öffentlichen Dienste entsprechend den Bestimmungen dieses Protokolls und der horizontalen Sozialklausel erinnert, in der es heißt: *„Bei der Festlegung und Durchführung ihrer Politik und ihrer Maßnahmen trägt die Union den Erfordernissen im Zusammenhang mit der Förderung eines hohen Beschäftigungsniveaus, mit der Gewährleistung eines angemessenen sozialen Schutzes, mit der Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung sowie mit einem hohen Niveau der allgemeinen und beruflichen Bildung und des Gesundheitsschutzes Rechnung ».*

FORDERT der Kongress den Exekutivausschuss und alle EGÖD-Mitglieder AUF:

Gemeinsam mit dem EGB und allen Branchenverbänden aktiv und dauerhaft Kampagnen durchzuführen und Druck aufzubauen, um:

- Eine demokratische Debatte auf Ebene der Mitgliedstaaten über alle Fragen im Zusammenhang mit diesen Handelsabkommen und über alle Gefahren herbeizuführen, die diese Abkommen für die Demokratie, die Gesamtheit der Bürger- und Arbeitnehmerrechte und für die Bewahrung qualitativ hochwertiger öffentlicher Dienste darstellen;
- Die Durchführung eines echten demokratischen und transparenten Anhörungs- und Unterrichtsprozesses der BürgerInnen im Hinblick auf die von der EU geführten bilateralen und plurilateralen Verhandlungen über Handelsabkommen zu fordern, sobald diese Verhandlungen beginnen;
- Die effektive Anwendung der im europäischen Primärrecht verankerten gesetzlichen Bestimmungen zu fordern, auch im Rahmen multilateraler Bestimmungen, um die in den von den Handelsabkommen betroffenen Ländern existierenden sozialen Schutznetze zu erhalten und besonders darauf zu achten, dass die Autonomie- und Subsidiaritätsrechte der Mitgliedstaaten, wie sie in den Richtlinien für die öffentlichen Dienste vorgesehen sind, auch bei Abschluss supraeuropäischer Abkommen erhalten bleiben;
- Die Gesamtheit aller bestehenden Anhörungsbestimmungen im Rahmen bilateraler Verhandlungen zwischen der EU und Drittländern zu nutzen sowie jede Form der Bürgermobilisierung zu fördern und zu unterstützen, die zu einem systematischen und

effektiven Prozess der Unterrichtung, Anhörung und Berücksichtigung aller Warnsignale hinsichtlich der Risiken dieser Verhandlungen für grundlegende soziale und durch europäisches Recht und internationale Abkommen anerkannte Errungenschaften aufruft;

- Ein hohes Maß an Beteiligung und Mobilisierung von Gesprächspartnern aus dem Bereich Sozial- und Bürgerbewegungen aufrechtzuerhalten, um die in den Handelsabkommen zwischen Ländern und/oder Regionen festgelegte Prioritätenfolge umzukehren zugunsten von nachhaltigen Sozial- und Umweltinvestitionen, die zu einer am Menschen orientierten Entwicklung beitragen;
- Darauf zu achten, dass die öffentlichen Dienste, im Rahmen der oben genannten Handelsabkommen nicht zum Gegenstand der Privatisierung werden können.
- An der Ausarbeitung von Sozial- und Umweltnormen für internationales Recht mitzuwirken, die Investoren zur Einhaltung von Mindestanforderungen verpflichten.

For the inclusion of binding social and environmental standards in the drafting of bilateral and multilateral European trade agreements (resolution 15 adopted at EPSU Congress 2014)

1. Considering that, as a consequence of the repeated failure in the World Trade Organisation (WTO) Doha Round multilateral trade negotiations, the European Union and its member states have for several years focused on free trade bilateral agreements (Economic Partnership Agreements) and bilateral investment agreements with third countries or regions.
2. Concerned that the implementation of many such agreements have led to a degradation of users' universal access and rights to public services in terms of quality, security, accessibility, and gender equality (which are common values sanctioned in Protocol 26 of the Lisbon Treaty on Services of General Interest) as a result of their liberalisation and privatization.
3. Concerned that free-trade agreements have in many cases resulted in the degradation of living and working conditions because of several simultaneous developments: the loss of jobs (as a direct consequence of privatisations and of increased competition), volatility of prices for food commodities, an increased control by foreign transnational corporations on services and natural resources, the failure to recognise workers' rights and collective agreements.
4. Recording the high number of cases reported by trade unions and social movements in countries involved in such trade agreements that testify to a failure to respect the environment and populations, to evident failure to recognise economic, social and cultural human rights and well as trade union rights that ought to be applicable.
5. Observing that other negotiations are carried out next to bilateral negotiations between the EU and third countries in order to sign preferential trade agreements, namely,
 - first, resumed WTO multilateral official trade negotiations;
 - second, a new round of multilateral negotiations among 37 countries including the EU on trade in services, in the wake of the liberalisation process that started with the WTO GATS (General Agreement on Trade in Services) intending to further liberalise exchange and investment in the field of services, in all sectors and for all modes of supply, which will affect up to 90 % of public services;
 - third, the signing of the EU-US Transatlantic Trade and Investment Partnership and of the EU-Canada Comprehensive Economic & Trade Agreement, two agreements that aim at an increased liberalisation of trade transactions, including in the field of services; and which remove policies aimed to protect workers, citizens, the environment and serve investors' rights to challenge domestic policies.
6. Considering that the States ratifying such agreements give up their sovereignty to supranational trade regulations accompanied by economic penalties in case of noncompliance.
7. Considering the consequent risk that in the context of these multilateral agreements European law provisions (in particular article 14 of the Charter of Fundamental Rights

and Protocol 26 of the Treaty on the functioning of the European Union, or Lisbon Treaty) not be complied with.

8. Considering the already disastrous consequences that bilateral agreements between the EU and third countries have had on the latter's national laws in terms of protection of workers' and consumers' rights.
9. Considering the lack of transparency prevailing in the negotiations on these agreements, which are made public when they are already signed and only have to be ratified.
10. Considering the limited attention paid to impact assessments on social and environmental consequences (that were organised so late if at all that their results cannot possibly be taken into account).
11. Considering the danger the signing of such agreements represents for the populations if they are not contained by binding provisions and penalties in case of failure to meet the requirements of international conventions on human rights and workers' rights.
12. Considering that Protocol 26 of the Lisbon Treaty reminds the EU and its Member States of their shared responsibility in improving their public services in accordance with the provisions within this Protocol and with the horizontal social clause, according to which *'the definition and implementation of the Union's policies and actions must take into account the following social requirements: the promotion of a high level of employment; the guarantee of adequate social protection; the fight against social exclusion; a high level of education, training and protection of human health.*

Congress CALLS UPON and URGES the Executive Committee and all EPSU affiliates to

Actively and unrelentingly campaign along with ETUC so as to :

- Start a democratic debate within member states about what is at stake in these trade agreements and how they threaten democracy, citizens' and workers' rights, and the preservation of quality public services.
- Demand the implementation of a transparent and democratic process to inform and consult citizens about bilateral and multilateral trade negotiations in which the EU is involved as soon as they are launched.
- Demand the effective implementation of existing legal provisions in primary European law, including in the context of multilateral negotiations, so as to maintain social safety nets and make sure that the autonomy and subsidiarity of member states granted in directives on public services be maintained in the face of possible international agreements.
- Use all provisions for consultation in the context of bilateral trade negotiations between the EU and third countries, as well as initiate and support any form of citizens' mobilisation calling for information, consultation, and an effective response to the risks such negotiations represent for basic social conquests sanctioned by EU Law and international conventions.
- Maintain a high level of involvement and mobilisation among social and citizens' movements so as to overturn the scale of priorities in the trade agreements

between countries and/or regions in favour of socially and environmentally sustainable investments contributing to a human-oriented development.

- See to it that public services cannot be the target of liberalization measures in the context of the above mentioned agreements.
- Work to develop social and environmental standards in international law that oblige investors to adhere to minimum requirements.